

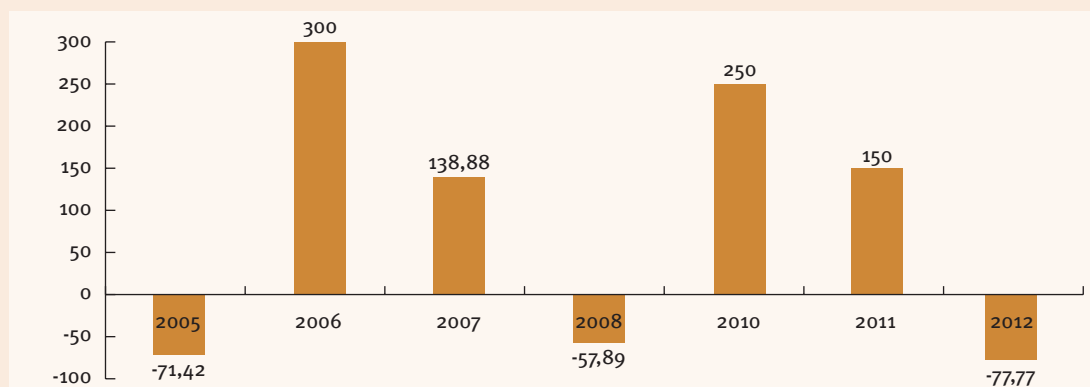
SOPAINFO **arbeitsmarkt** 21

Sachverständigenrat und Wirtschaft machen Druck!

Die Verhandlungen zwischen Union und SPD sind in vollem Gange. Doch sobald die Koalitionäre auch nur über die geringsten sozialen Verbesserungen diskutieren, läuft die Wirtschaftslobby Sturm. So reagierte Daimler-Chef Dieter Zetsche auf Forderungen nach größerem Schutz für Leiharbeitnehmer und bei Werkverträgen folgendermaßen: „Wenn sich die Bedingungen am Standort Deutschland weiter verschlechtern, müssen wir über die Verlagerung von Produktion an andere Standorte nachdenken.“ Die Mehrheit des sogenannten Sachverständigenrates pustet in das gleiche Horn und mischt sich, entgegen ihrem gesetzlichen Auftrag, in die Tagespolitik ein: Die Agenda 2010 dürfe nicht verwässert werden. Mindestlöhne gefährdeten massenhaft Arbeitsplätze und sonstige sozialpolitische Veränderungen - und wären sie auch noch so klein - seien abzulehnen. Im Einzelnen:

Sachverständigenrat ohne Sachverstand?

Prozentuale Abweichung zwischen der vom Sachverständigenrat prognostizierten und der tatsächlichen Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts



Anmerkung: Für das Jahr 2009 prognostizierte der Sachverständigenrat ein stagnierendes BIP (0 %). Das reale BIP betrug -5,1 %. Die Abweichung zwischen den beiden Werten lässt sich prozentual nicht ausdrücken.

Grafik: IG Metall SOPAINFO Quellen: IAQ-Report 01/2013



Der Sachverständigenrat spricht sich im Gutachten in seiner Mehrheit gegen einen flächendeckenden Mindestlohn, gegen sektor- oder regionalspezifische Lohnuntergrenzen und gegen eine Ausweitung von tariflichen Lohnuntergrenzen nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf weitere Branchen aus. In einem „vergleichsweise rigiden Arbeitsmarkt“ wie dem deutschen würde ein flächendeckender Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro die Beschäftigungschancen insbesondere von Geringqualifizierten, Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen schmälern. Deutschland nehme mit einem Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro im europä-

ischen Vergleich einen Spitzenplatz hinsichtlich des Verhältnisses von Mindestlohn zu Medianlohn ein. Der gewerkschaftsnahe Sachverständige Bofinger kommt zu Recht zu einem anderen Ergebnis: Ein aus der Verdienststrukturerhebung abgeleitetes Verhältnis von Mindestlohn zu Medianlohn ergebe für Deutschland einen Platz im internationalen Mittelfeld. Bofinger weist außerdem darauf hin, dass alle bisherigen Studien auf eher geringe Beschäftigungswirkungen des Mindestlohns hindeuten. Soll heißen: Die medial orchestrierten Bedenken gegen einen gesetzlichen Mindestlohn entbehren jeder seriösen Grundlage.

Doch nicht nur Mindestlöhne hält die Mehrheit des Sachverständigenrates für schädlich. Auch jede Form der Regulierung von Leiharbeit und Befristungsmöglichkeiten wird abgelehnt. Stattdessen solle das Arbeitsrecht „angemessen“ flexibilisiert werden. In welchen Bereichen der Sachverständigenrat angesichts von umfassenden Befristungsmöglichkeiten und der Ausweitung von Leiharbeit und Werkverträgen noch weiter flexibilisieren will, bleibt unklar.

Auch bei der Alterssicherung spricht sich die Mehrheit des Sachverständigenrats gegen jede Form von Leistungsausweitung aus. Die Senkung der Rentenbeitragsätze sei „zwingend“ geboten. Für die Zukunft sei eine regelgebundene Anpassung des Renteneintrittsalters, etwa an die fernere Lebenserwartung, „vorteilhaft“. Das Recht auf eine existenzsichernde Rente – geschweige denn auf flexible Übergänge für langjährig Versicherte – wird fundamental in Frage gestellt.

Dass sich die soziale Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten verschärft hat, ist inzwischen gesellschaftlicher Konsens. Die Ausschussmehrheit vertritt ungeachtet dessen die Auffassung, die Ungleichheit sei in den vergangenen Jahren lediglich „moderat“ gestiegen.

Auch werde im deutschen Steuerrecht bereits stark umverteilt. Tatsächlich hat die Einkommensungleichheit bei den Markteinkommen in Deutschland stärker zugenommen als in den meisten OECD-Ländern. Eine geänderte Einkommensverteilung tut Not – nicht nur für den sozialen Konsens im Land, sondern auch für ein nachhaltiges und damit größere Krisen vermeidendes Wirtschaftswachstum.

Für das Jahr 2014 prognostiziert der Sachverständigenrat einen realen BIP-Zuwachs in Höhe von 1,6 %. Diese Einschätzung ist allerdings nur bedingt belastbar, denn nicht nur mit ihren politischen Einschätzungen, auch mit ihren Wachstumsprognosen liegen die so genannten Wirtschaftsweisen meistens deutlich daneben.

Ausblick

In den Medien wird das Bild gezeichnet, die große Koalition verteile zu Lasten der künftigen Generationen mittels einer unverantwortlichen Schuldenpo-

litik maßlos Wohltaten an ihr Klientel. Dieses Bild wird ebenfalls von großen Teilen der Wirtschaft und der Mehrheit des Sachverständigenrats gemalt. Tatsächlich verhält es sich genau umgekehrt: Die wirtschaftliche und soziale Krise in Europa, die verfallende öffentliche Infrastruktur, die Ausweitung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung sowie die drohende Altersarmut gefährden die soziale Sicherheit, spalten die Gesellschaft und lassen die Kluft zwischen Arm und Reich weiter wachsen. Darunter leiden nahezu alle Menschen, doch insbesondere werden solche Versäumnisse zu Lasten der jüngeren Menschen gehen.

Setzen sich die Lobby-Interessen durch, droht eine Politik des „weiter so“. Selbst kleine Kurskorrekturen bleiben dann aus. Bisher haben sich SPD und Union in den Verhandlungen auf Bundesebene nirgends verbindlich auf gemeinsame Projekte geeinigt. Alles steht unter „Finanzierungsvorbehalt“. Doch die große Koalition ist zum Scheitern verurteilt, wenn sie den Lobby-Interessen nachgibt, anstatt Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen zu machen.

→ Infobox:

Wer ist der Sachverständigenrat?

Die Mitglieder des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils für fünf Jahre berufen. Wiederberufungen sind möglich. Die Mehrzahl der Sachverständigen wurde in der vergangenen Legislaturperiode von der schwarz-gelben Bundesregierung eingesetzt. Der Sachverständigenrat tritt mehrheitlich für eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ein. Das nachfrageorientierte, gewerkschaftsnahe Lager wird im Sachverständigenrat lediglich in Person des Würzburger Professors Dr. Peter Bofinger repräsentiert.



„Sachverständigenrat und Wirtschaft sagen ‚Nein‘ zu jeder sozialen Verbesserung. Eine Lösung für die drängenden Probleme in Deutschland und Europa haben sie nicht anzubieten.“

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Impressum:

Herausgeber: IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik, 60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich: Hans-Jürgen Urban

Redaktion: Christoph Ehscheid, Axel Gerntke, Angelika Beier, Stefanie Janczyk, Habermann, Jakob

Gestaltung: Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an: agnes.stoffels@igmetall.de. Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.

